

Medienmitteilung zur Abzocker-Initiative

Thema	Grünliberale fordern griffigeren Gegenvorschlag zur Abzockerei
Für Rückfragen	Martin Bäumle, mobile +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	17. März 2010

Grünliberale enttäuscht über Abschwächung des Gegenvorschlags zur Minder-Initiative

Der Nationalrat hat den direkten Gegenvorschlag zur Minder-Initiative heute leider nur in einem wichtigen Nebepunkt im Sinne der Grünliberalen abgeändert. Insgesamt wurde der Gegenvorschlag zu stark abgeschwächt, um das Problem der Abzockerei ernsthaft bekämpfen zu können. Insbesondere die SVP hat gegen mehr Transparenz und gegen mehr Rechte für die Aktionäre gestimmt und hat damit den Gegenvorschlag bewusst abgeschwächt. Deshalb werden die Grünliberalen heute die Initiative Minder im Sinne des „Pfandes in der Hand“ noch unterstützen, um dem Ständerat ein Signal in Richtung Verschärfung des Gegenvorschlags zu geben.

Ganz knapp abgelehnt wurde der Kernantrag der Grünliberalen zur Festschreibung von Regelungen im Vergütungsreglement für Personen, welche besser verdienen als die Geschäftsleitungsmitglieder. Damit hätte das Vergütungsreglement auch z.B. Investmentbanker erfasst, welche die Finanzkrise mit verursacht haben. Der Rat lehnte diese Bestimmung trotz geschlossener CVP/EVP/glp-Fraktion knapp mit 96 zu 92 Stimmen ab. Hier besteht aber eine gute Chance, das Thema im Ständerat wieder einzubringen und mit dieser Bestimmung werden die Grünliberalen dem Gegenvorschlag zustimmen. Ausgerechnet die SVP hat diesen Antrag bekämpft. Sie hat damit entlarvt, dass es ihr nicht um die Sache, sondern nur um Profilierung mittels Minder-Initiative geht.

Wenigstens wurde festgeschrieben, dass die Generalversammlung regelmässig über das Vergütungsreglement, welches die Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung regelt, abstimmen muss. Dieser von Nationalrat Martin Bäumle eingereichte Antrag stellt sicher, dass ein einmal genehmigtes Reglement, welches sich als untauglich erweist, nicht auf alle Zeiten gilt. Er ermöglicht den Aktionären, regelmässig Korrekturen am Reglement einzufordern.

Langfristige Ausrichtung von Boni

Die Grünliberalen unterstützten in der heutigen Sitzung zudem den Antrag, welcher eine langfristige Ausrichtung von Boni verankern will. Er hält fest, dass die Auszahlung von Boni mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens in Übereinstimmung stehen muss und Boni erst ausbezahlt werden dürfen, wenn feststeht, dass die Arbeitsleistung zum längerfristigen Gedeihen des Unternehmen beigetragen hat.

Transparenz

Leider wurde aber verstärkte Transparenz für Entschädigungen und Boni, auch für Investmentbanker, und ein Kompromissantrag der Grünliberalen dazu abgelehnt. Im Gegenteil, der Nationalrat ging bezüglich Transparenz hinter das geltende Gesetz zurück und dies vor allem auch dank der SVP, welche sich neustens lauthals als Retterin vor Abzockern aufspielt.